

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
1. Oktober 1915

Zuschriften sind zu richten
an die Redaktion der Gleichheit, Wilhelmshöhe, Post Deger-
loch bei Stuttgart. Fernsprecher Amt Stuttgart 8562. Die
Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbachstraße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Frauenarbeit und Frauenlöhne während des Kriegs. — Die Not der Kriegerfrauen. Von G. F. — Der Deutsche Textilarbeiterverband im ersten Kriegsjahr. Von sk.
Aus der Bewegung: Kriegerfrauenversammlung. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizenteil: Burgfrieden. — Für den Frieden. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Verschiedenes.

Frauenarbeit und Frauenlöhne während des Kriegs.

Der Kapitalismus ist bekanntlich der große „Revolutionär“, der die Frau in steigender Zahl aus der umfriedeten alten Häuslichkeit treibt und die Hausmutter früherer Zeit in die Erwerbstätige verwandelt, die selbständig, wie der Mann, den Kampf mit dem feindlichen Leben aufnehmen muß. Das Aufkommen und der wachsende Umfang der beruflichen Frauenarbeit gehören zu den hervorstechendsten Merkmalen der kapitalistischen Wirtschaft. Die Ursachen dieser Erscheinung haben wir in der „Gleichheit“ erst vor kurzem aufgezeigt. Schon in den letzten Jahren hat die rasche und starke Ausdehnung der Frauenerwerbsarbeit jene gedrängt, die für das Weib einzig und allein den „Naturberuf“ als Gattin und Mutter gelten lassen wollen. Mit welchem Entsetzen müssen sie nun auf die Wirkung blicken, die der Krieg in dieser Beziehung zeitigt. Ohne jeden Respekt vor dem „natürlichen“, „sittlichen“ oder „göttlichen“ Gebot, das die Frau mit ihrem Sehnen und Tun ausschließlich auf das Heim beschränken soll, zwingt er mit gewalttätiger Faust geradezu reißend anschwellende Frauenmassen zum Erwerb.

Es bedarf nicht einmal des Nachweises durch Zahlenwert, ein Blick in das alltägliche Leben genügt, um sich dessen zu vergewissern. Rollt in sehr vielen Orten nicht Tram auf Tram an uns vorüber, auf dem die Schaffnerin in Dienstjacke und Dienstmütze ihres Amtes waldet? In Berlin allein soll es 2700 dieser Beamtinnen geben. Längs der Eisenbahnlinien ist uns die Streckenarbeiterin zur vertrauten Erscheinung geworden, wie in den Großstädten die Frau, die bei der Straßenreinigung, der Müllabfuhr und beim Kohlenverladen beschäftigt ist. Aus Werkstätten und Fabriken, die früher fast nur Männer beschäftigten, und zwar vorwiegend Männer im Alter der höchsten Leistungsfähigkeit, strömen jetzt am Feierabend neben Greisen und halbwichigen Burschen Frauen, hier und da in der Mehrzahl Frauen. In Tischlereien, Hüttenbetrieben, in Munitionsfabriken und Bräuereien, in der Autogenweißerei und anderen Zweigen der Metallindustrie, im Verkehrs- und Nahrungsmittelgewerbe, in der chemischen und Lederindustrie sind Arbeiterinnen mit Erfolg als Ersatz für kriegspflichtige Männer angelernt und eingestellt worden. Nach dem Bericht der Betriebskrankenkasse für die Krupp'sche Gussstahlfabrik zu Essen waren dort am 31. Dezember 1914 bereits 1329 Frauen und Mädchen tätig. Seit Beginn des laufenden Jahres bis Ende Juni hat die Firma noch rund 5000 weibliche Arbeitskräfte eingestellt. Auf dem flachen

Landes ruht die Garten-, Feld- und Viehwirtschaft überwiegend in weiblichen Händen, ja beim landwirtschaftlichen Klein- und Zwergeigentum so gut wie ausschließlich. Die Lücken, die der Krieg in die Reihen der männlichen Veruistungstigen reißt, werden durch Frauen ausgefüllt. Während die Zahl der beschäftigten Männer zurückgeht, steigt die der erwerbstätigen Frauen.

Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ für August war bei 5648 berichtenden Krankenkassen die Zahl der versicherungspflichtigen männlichen Mitglieder zwischen dem 1. Juli und 1. August dieses Jahres von 4552785 auf 4461550 zurückgegangen. Sie hatte um 91185 abgenommen oder um 2,0 vom Hundert. Die Zahl der versicherungspflichtigen weiblichen Mitglieder dagegen war in der gleichen Zeit von 3394779 auf 3435373 in die Höhe gegangen und hatte sich mithin um 40594 vermehrt, das ist um 1,20 vom Hundert. Vom Mai abgesehen sind der versicherungspflichtigen männlichen Mitglieder der Krankenkassen seit Jahresanfang von Monat zu Monat weniger geworden, die weiblichen Mitglieder aber haben dauernd eine Zunahme erfahren. Die Bewegung des Mitgliederstandes für die beiden Geschlechter stellt sich wie folgt dar, wenn man ihn am 1. Januar 1915 gleich 100 annimmt und die für den 1. Februar und den Ersten jedes folgenden Monats neu gewonnenen Bestandziffern gleichsetzt mit den Verhältnisziffern des Vormonats:

	Männl. Mitglieder	Weibl. Mitglieder
1. Januar	100	100
1. Februar	99,0	100,8
1. März	98,8	103,4
1. April	97,8	105,5
1. Mai	99,1	109,4
1. Juni	97,7	110,3
1. Juli	95,7	110,6
1. August	93,7	111,8

Diese Bewegung spiegelt deutlich die aufgezeigte Erscheinung wider. Nach anderen Angaben, die wir jetzt leider nicht nachprüfen können, haben sich die männlichen Arbeitskräfte vom 1. Januar bis 30. Juni dieses Jahres um 4,06 vom Hundert vermindert, die weiblichen hingegen um 8,72 vom Hundert oder um rund eine halbe Million vermehrt. Wir machen uns keiner Übertreibung schuldig, wenn wir behaupten, daß alle diese Zahlen noch bei weitem nicht den Umfang feststellen, den die Erwerbsarbeit der Frauen während des Kriegs angenommen hat. In vielen Familien ist im Gefolge vom Heeresdienst, vielleicht gar vom Tode des Vaters die Not zur Herrin geworden. Großen Scharen von Müttern, die früher nur ihren Pflichten im Hause lebten, hat sie den Zwang auferlegt, durch Heim-, Neben- und Gelegenheitsarbeit der verschiedensten und oft wechselnden Art zur unzulänglichen Kriegs- und Winterbliebenenunterstützung hinzuzuerwerben. Wohl die wenigsten dieser Frauen sind bisher von der Statistik erfasst worden. Das gleiche gilt von den weiblichen Erwerbenden in der Landwirtschaft.

Will man sich ein annähernd richtiges Bild davon machen, wie außerordentlich schnell während des Kriegs das Heer der berufstätigen Frauen und Mädchen wächst, so muß man sich

noch dieses vergegenwärtigen. Es gibt ständig große Massen weiblicher Arbeitsloser. Sowohl die Berichte der Arbeitsnachweise wie die Erhebungen der Gewerkschaften stellen fest — unsere Leserinnen können es in der „Gleichheit“ nachprüfen —, daß die erwerbstätigen Frauen und Mädchen in höherem Maße von der Arbeitslosigkeit betroffen werden als die Männer. Zum Teil erklärt sich das durch den Zustrom von Frauen, die, um dem Elend zu wehren, sich zum erstenmal nach einem Verdienst umsehen und als gänzlich ungeschulte, häufig ältere Arbeitskräfte nur schwer eingestellt werden. Zum andern Teil kommt aber zum Ausdruck, daß der Krieg den Geschäftsgang in Wirtschaftsgebieten lähmt, in denen zahlreiche weibliche Arbeitskräfte verwendet werden. Es sei an bestimmte Zweige der Textilindustrie erinnert, deren Beschäftigungsgrad nicht durch Seereslieferungen gehoben werden konnte, an das Bekleidungs-, Reinigungs- und Zugsgewerbe, sowie an den häuslichen Dienst. Auch in diesem Zusammenhang betrachtet ergibt sich, daß nicht nur die Zahl der berufstätigen Frauen erheblich zugenommen hat, sondern daß auch das Feld ihrer Erwerbsmöglichkeit sich bemerkenswert erweiterte: der Frauenarbeit sind Berufe erschlossen worden, die bis vor dem Krieg als Tätigkeitsbereich des Mannes galten.

Die Gründe liegen auf der Hand, warum die Frauenarbeit während des Kriegs gewaltig wächst und neue Gebiete ergreift. Die Riesenheere der Männer, die draußen die Schlachten schlagen oder für den Kriegsdienst vorbereitet werden, sind der Wirtschaft des Reiches entzogen worden. Diese wäre außerstande, ihr Räderwerk laufen zu lassen, sie müßte versagen, zusammenbrechen, wenn nicht die Frauenarbeit ermöglichte, den Mechanismus intakt zu halten. Die Frauenarbeit tritt als soziale Macht von der größten Bedeutung auch vor die Augen, die sonst phylisterhaft blinzeln die Wirklichkeit nicht sehen wollen. Das Bedürfnis der kapitalistischen Wirtschaft ist der eine ihrer Wegbereiter, der andere ist die Not in vielen Hunderttausenden von Familien. Auch die sparsamste Kriegerfrau kann mit 18 Mk. im Monat sich und ein Kind nicht erhalten. Sogar wenn die Gemeinde und wenn der Gemeinssinn in anerkenntniswerter Weise die Reichskriegshilfe ergänzen, wird das materielle Ergebnis nicht das Einkommen des früheren Ernährers der Familie aufwiegen. Will die Frau erhalten, was sie mit dem Gatten zusammen in der mühseligen, treuen Arbeit der Jahre als bescheidenes Heim aufgebaut hat, will sie ihre Kinder vor Entbehrungen schützen: so muß sie verdienen. Von Monat zu Monat steigt mit der Zahl der Einberufenen, der Invaliden, der Gefallenen, die Flutwelle der Frauen, die erwerben müssen.

Angeichts des unaufhaltsamen und reißenden Anwachsens der weiblichen Berufstätigkeit ist ein Umstand von weittragender Bedeutung. Auch heute noch ist die Frauenarbeit im allgemeinen niedriger gewertet und entlohnt als die Männerarbeit. Gewiß, wir können in diesen Tagen häufig genug die Meinung hören, daß dank dem Krieg die Arbeiterinnen einen mehr als reichlichen Verdienst hätten, geradezu üppig schlampampnen könnten. Im allgemeinen ist das ein Märchen. Es soll nicht bestritten werden, daß in einzelnen bestimmten Erwerbszweigen, die für dringenden Seeresbedarf produzieren, auch die Arbeiterinnen gut verdienen, ja daß manche von ihnen „Zahltag“ hat, von denen sie früher nicht zu träumen gewagt hätte. Die Mehrzahl der berufstätigen Proletarierinnen kommt jedoch über die alten schmalen Löhne nicht hinaus. Dafür Beweise.

Die „Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin“, die größte ihrer Art in Deutschland, hatte nach ihrem Bericht für das Jahr 1914 neben 193 009 männlichen 252 703 weibliche Mitglieder. Von diesen letzteren waren 20,8 vom Hundert, also ein reichliches Fünftel, in Lohnklasse I versichert, mit einem Tagesverdienst bis zu 1,15 Mk. Mehr als ein Viertel, nämlich 28,7 vom Hundert, gehörten der Lohnklasse II an, für die ein Tagesverdienst von 1,16 Mk. bis 2,15 Mk. festgesetzt ist. 34,2 vom Hundert, mehr als ein Drittel der weiblichen Mitglieder, entfielen auf die Lohnklasse III, entsprechend dem Tages-

verdienst von 2,16 Mk. bis 3,15 Mk. Also fast zwei Drittel der weiblichen Erwerbstätigen, die der Krankenkasse angehörten, hatten einen Wochenverdienst von 6,96 Mk. bis 18,90 Mk., wovon die Beiträge für die Kranken- und Invalidenversicherung noch abgerechnet werden müssen. Ein volles Fünftel erreichte aber noch nicht einmal einen wöchentlichen Lohn von 6,90 Mk.! Die Annahme ist keine „Schwarzmalerei“, daß ein sehr großer Teil der Berliner Arbeiterinnen mit seinem Wochenlohn hinter 15 Mk. zurückbleibt. Wie damit hausgehalten werden muß, das mag die „Gnädige“ vorrechnen, deren Wirtschaft eine geschulte und erfahrene Mamzell vorsteht. Nur 10,2 vom Hundert der bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse versicherten Frauen und Mädchen hatten der Lohnklasse nach einen Tagesverdienst von 3,16 Mk. bis 4,15 Mk.

Während der fünf Kriegsmomente des vergangenen Jahres haben sich aber in Berlin die Erwerbsverhältnisse vieler weiblicher Klassenmitglieder noch verschlechtert. Dafür sprechen diese Tatsachen. Die Zahl der versicherten Frauen und Mädchen ist vom Januar bis Jahreschluß nur in der Lohnklasse I fast ununterbrochen gestiegen, wo der Tagesverdienst bis 1,15 Mk. beträgt. Sie erhöhte sich von 29 592 auf 57 170. In der Lohnklasse II sank der Bestand an weiblichen Mitgliedern nach vielen Schwankungen von 79 804 auf 71 280. Die Lohnklasse III hatte mit 113 223 ihre höchste Mitgliederzahl im Mai, im Dezember zählte sie nur noch 53 836. In der Lohnklasse IV waren im Januar 27 927 Frauen und Mädchen versichert, im März 30 607 und im Dezember 18 432. Auch in der Lohnklasse V und VI ist die Zahl der weiblichen Mitglieder erheblich gesunken, sie ging von 13 834 im Januar auf 10 431 im Dezember zurück. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin hat 1914 insgesamt 17 949 weibliche Mitglieder verloren, in Lohnklasse III allein 25 521, in den höheren Lohnklassen 12 900. Die Mitgliederzunahme entfiel — abgesehen von dem kleinen Mehr von 70 Mitgliedern in Klasse VI — ausschließlich auf die beiden unteren Lohnstufen, für die ein Tagesverdienst bis zu 2,15 Mk. in Frage kommt.

Nach diesen Feststellungen dürfte die Mitteilung in Tagesblättern richtig sein, daß in Berlin die Schaffnerinnen ein „Gehalt“ von 35 Pf. für die Stunde beziehen. Bei einem Tagewerk von zehn Stunden in Wind und Wetter; wobei nicht ausgeschloffen ist, daß das anhaltende Stehen und die ständige Erschütterung des Körpers dem weiblichen Organismus recht verhängnisvoll werden können. Wir erinnern uns, daß vor Jahren Ärzte Sitzgelegenheit für die Tramfahrer und -schaffner gefordert haben, weil ihrer Ansicht nach die hervorgehobenen Umstände gesundheitschädlich seien und namentlich das Nervensystem angegriffen. Die Fälle dürften nicht allzu häufig sein, wo Frauen, die in Industrie und Gewerbe, in Handel, Verkehr und Landwirtschaft usw. an die Stelle von Männern getreten sind, sich auch des gleichen Verdienstes erfreuen wie diese. Hier und da ist verzeichnet worden, daß auch Arbeiterinnen den früheren Stücklohn erhielten. Oster jedoch hat man die Klage gehört, daß den neu eingetretenen weiblichen Arbeitskräften die alten Afford- und Zeitlöhne gekürzt worden sind, und das, obgleich eine Mehrleistung und eine längere Arbeitszeit von ihnen gefordert wurde.

Staatliche Behörden sind den privaten Unternehmern mit einem üblen Beispiel vorgegangen. Die preussisch-hessische und die badische Eisenbahnverwaltung haben an Stelle einberufener Männer weibliche Arbeitskräfte eingestellt, die nur bis zu drei Viertel des Lohnes erhalten, der ihren Vorgängern gezahlt wurde.

Nur „Rechtfertigung“ der niedrigeren Entlohnung mag man manchmal, so bis die Frauen und Mädchen gut eingeschafft sind, auf mindertwertige Leistungen verweisen. Im allgemeinen jedoch offenbart sich in ihr die geringe Wertung der Frauenarbeit, die ihre festeste Stütze leider in der sozialen Rückständigkeit und Schwäche der weiblichen Berufstätigen hat, in ihrer geringen und unorganisierten Widerstandskraft gegen das ausbeutende Kapital. Im Zeitalter des moto-

rischen Antriebs, der automatisch tätigen Maschinen und der weitestgehenden Arbeitsteilung spielen bekanntlich Muskelkraft und berufliche Ausbildung der Arbeitenden bei weitem nicht mehr die gleiche Rolle wie früher. Recht oft wird die Arbeiterin nach kurzer Übung zur gleichen Leistung kommen wie der Mann. Man denke dazu an die außerordentlich hohen Gewinne vieler Lieferanten für den Seeres- und Marinebedarf. Schließlich aber und nicht zuletzt an die Feuerungspreise, an den Lebensmittelwucher. Die „sachliche Rechtfertigung“ der niedrigen Frauenentlohnung stürzt dann zusammen wie ein Kartenhaus.

Je unaufhaltbarer und stärker das Meer der weiblichen Berufstätigen anschwillt, von um so größerer Tragweite werden die Bedingungen der Frauenarbeit. Denn diese Bedingungen sind ausschlaggebend für die Existenz von Millionen und aber Millionen von Frauen und Mädchen und damit für das Geschlecht, das sie gebären, pflegen und erziehen sollen. Denn diese Bedingungen üben gleichzeitig einen bestimmenden Druck auf die Berufs- und Lebensverhältnisse der erwerbstätigen Männer aus. Es sind dringende Aufgaben, die den Genossinnen aus diesem Zusammenhang der Dinge erwachsen, aber in der Hauptsache, von einseitig abgesehen, keine neuen Aufgaben. Wir werden uns mit ihnen noch besonders beschäftigen. Auf was es ankommt, ist: sie mit vertiefter sozialistischer Erkenntnis und starkem Willen erfüllen.

Die Not der Kriegerfrauen.

Als der Reichstag neulich zusammentrat, haben die sozialdemokratischen Frauen dem Reichstag eine Eingabe unterbreitet, die auf die schlimme Notlage hinwies, in die die Kriegerfamilien der minderbemittelten Volksschichten geraten sind. Die Staatsunterstützungen sind zu niedrig, die Gemeindezuschüsse fehlen an manchen Orten ganz, an anderen sind sie zu gering. Nach einer von der Generalkommission der Gewerkschaften veranstalteten Umfrage gaben von 3740 Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern über 2000 überhaupt keine Zuschüsse an Kriegerfamilien und ihre Familien. Dabei sind die Lebensmittelpreise fortwährend gestiegen, so daß mit den geringen Einnahmen keine auch nur einigermaßen hinreichende Ernährung möglich ist.

Die Eingabe der Frauen an den Reichstag wies ferner darauf hin, wie wenig die Erwerbsarbeit den Kriegerfrauen Ersatz zu bieten vermöge für die mangelnde Unterstützung. Einmal sind eine große Anzahl Frauen teilweise oder gar nicht erwerbsfähig, andere laufen bei der Erwerbsarbeit Gefahr, ihre unbeaufsichtigten Kinder schweren körperlichen und moralischen Schädigungen auszusetzen. In den meisten Gemeinden fehlt es an Säuglingsheimen, Kindergärten, Kinderhorten, die den Müttern unentgeltlich zur Verfügung stehen. Für diese Mütter käme höchstens noch Heimarbeit in Frage, aber ganz abgesehen von ihrer niedrigen Entlohnung ist sie nicht immer zu haben, zumal in ländlichen Orten. Die Folge ist weitverbreitete Unterernährung, gesundheitliche Schädigung und steigende Verbitterung.

Die Regierung hat den Mangelzustand zugegeben, indem sie Erhöhungen von 20 bis 25 Prozent in Aussicht stellte. Die Frauen verlangen aber mit Recht, daß nicht nur die Staatsunterstützungen erhöht, sondern daß die Gemeinden verpflichtet werden, Zuschüsse zu leisten. Bei finanzschwachen Gemeinden muß eben das Reich die Erstattung der Summen übernehmen. Aber angenommen, auch diese Forderungen würden erfüllt, so werden die notleidenden Frauen nach wie vor mit der Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit lokaler Behörden zu kämpfen haben. Wer ist bedürftig? So einfach diese Frage der Arbeiterfrau erscheinen mag, so viel Kopfzerbrechen macht sie mitunter den Gemeinde- und Staatsbeamten, die sich verpflichtet fühlen, nur im aller schlimmsten Falle mit den Unterstützungen herauszurücken. Es ist vorgekommen, daß erwerbstätigen Frauen, nachdem sie endlich

Arbeit gefunden hatten, die Staatsunterstützung entzogen wurde mit der Begründung, daß eine Bedürftigkeit nicht mehr vorliege.

Eine besonders wenig rühmliche Rolle hat in der Unterstützungsfrage Zittau in Sachsen gespielt, eine Mittelstadt mit guten Finanzen und reichem Grundbesitz, eine Stadt, worin das kleinlichste Spießertum daszepter schwingt. Dort mußte selbst der „unmoralische Lebenswandel“ der Kriegerfrauen als Ausrede gelten. Wie es in Wirklichkeit bei den minderbemittelten Kriegerfamilien in Zittau aussieht, hat eine Kriegerfrau in schlichten Worten und durch Aufstellung eines Speisezettels dargelegt, den unser dortiges Parteiblatt der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Das Beispiel aus Zittau wird mit geringen Abweichungen auf viele Kriegerfamilien im ganzen Reiche passen. Die Frau schreibt:

„Ich las jetzt immer in der Zeitung, daß sich wieder Leute mit der Kriegsunterstützung beschäftigen und daß auch Worte fielen, wie: 'Kriegerfrauen leiden keine Not.' Da kann ich Ihnen nur sagen, daß wir direkt Hunger leiden. Das müßten die Herren auf dem Unterstützungsamt zuerst wissen. Gehe nur einer am 1. oder 15. früh hin. Früh um 7 Uhr kommen die ersten Frauen. Wenn aufgemacht wird, holen sie sich die Marken. Dann können sie eine Stunde spazieren gehen. Um 8 Uhr kommen die Herren; da ist es nichts Seltenes, daß an 150 Personen da sind. Da stehen Mütter mit Kindern, den Schulranzen auf dem Rücken. Haben sie das Geld, dann ist ihr erster Weg zum Bäckerladen, eine Semmel für das hungernde Kind kaufen und dann schnell in die Schule. Und Elend hört man da, daß man mehr Mut als Mitleid fähig! Mein Mann ist seit 1. August 1914 fort. Wir haben vier Kinder im Alter von zwei, sieben, acht und neun Jahren. Ich bekomme 36 Mk. Staatsunterstützung, 10 Mk. von der Stadt und 7,20 Mk. vom roten Kreuz, also 53,20 Mk. im Monat. Früher erhielt ich nur 5 Mk. von der Stadt, da hat mein Mann aus dem Felde an den Stadtrat geschrieben, worauf wir 10 Mk. bekamen. Ich las auch, daß Frauen sich nicht der Zeit entsprechend verhielten. Ich glaube nicht, daß Frauen aus lauter Lust und Liebe in die Kaserne laufen und Essen holen. Auch daß vielleicht einzelne Bekanntschaften schließen, das tun sie alles aus Not. Ich las in Ihrer Zeitung die Wirtschaftsrechnung einer Frau. Da hören Sie, wie wir uns für das Geld ernähren können. Ich rechne auf die Woche 12,40 Mk. Wirtschaftsgeld. Hier unser Speisezettel:

Sonntag. Früh: Zur Mehlsuppe Magermilch 10 Pf. Mittag: 8 Pfund Kartoffeln 40, Rindfleisch 35 Pf. Abend: Kartoffelsalat: 6 Pfund Kartoffeln 30, zwei Zwiebeln 4, Öl 15 Pf.; zus. 1,84 Mk.

Montag. Früh: Zur Mehlsuppe Magermilch 10 Pf. Mittag: Gemüse: Kohlrabi 15, Möhren 15, 4 Pfund Kartoffeln 20, Talg 10 Pf. Abend: Kartoffelsuppe: 8 Pfund Kartoffeln 15, Grünzeug 5, Talg 10 Pf.; zus. 1 Mk.

Dienstag. Früh: Zur Mehlsuppe Magermilch 10 Pf. Mittag: Kartoffelpuffer: 8 Pfund Kartoffeln 40, Talg 15 Pf. Abend: Brat-Kartoffeln: 6 Pfund Kartoffeln 30, Margarine 15 Pf.; zus. 1,10 Mk.

Mittwoch. Früh: Zur Mehlsuppe Magermilch 10 Pf. Mittag: Kartoffelknödel: 6 Pfund Kartoffeln 30, 1 Pfund Mehl 28, Margarine 15 Pf. Abend: Zum Brot Kaffee und Zuckerhonig 15 Pf.; zus. 98 Pf.

Donnerstag. Früh: Zur Mehlsuppe Magermilch 10 Pf. Mittag: Kartoffelmus mit Stachelbeeren (Veeren habe ich selbst): 8 Pfund Kartoffeln 40, Zucker 14, Margarine 15 Pf. Abend: Zur Mehlsuppe ein Ei 14, Milch 5 Pf.; zus. 98 Pf.

Freitag. Früh: Zur Mehlsuppe Magermilch 10 Pf. Mittag: Kartoffeln mit Senfsauce: 5 Pfund Kartoffeln 25, Senf 5, Talg 10 Pf. Abend: Kartoffelsalat: 6 Pfund Kartoffeln 30, zwei Zwiebeln 4, Öl 15 Pf.; zus. 99 Pf.

Sonnabend. Früh: Zur Mehlsuppe Magermilch 10 Pf. Mittag: Kartoffelmus mit Stachelbeeren: 8 Pfund Kartoffeln 40, 1/2 Pfund Zucker 14, Margarine 15 Pf. Abend: Zur Mehlsuppe Magermilch 10 Pf.; zus. 89 Pf.

Das ergibt zusammen 7,28 Mk. Dazu kommen: 18 Pfund Brot 8,11 Mk., 1 Pfund Weizenmehl 27, 2 Pfund Roggenmehl 44, Licht 30 Pf., Kohle und Holz 1 Mk., 1/2 Pfund Margarine aufs Brot 80 Pf., Salz, Pfeffer, Essig, Malzkaffee, Streichhölzer usw. 1,38 Mk. Das sind pro Woche 14,38 Mk.

So viel brauche ich bei dieser Kost. Nun haben wir seit März elektrisches Licht in der Wohnung. Da muß ich für die Anlage den Monat 4,25 Mk. bezahlen. Drei Kinder gehen in die Schule. Zu Ostern mußten sie neue Schulbücher haben. Habe Pfingsten die letzten gekauft. Zu Weihnachten mußte ich drei Paar Schuhe für 21 Mk. kaufen. Vier Wochen laufen sie, dann sind die Sohlen

wieder durch; das sind wieder 3 Mk. fürs Paar. Alle vier Wochen muß ich Wäsche waschen. Da kostet die Seife 75 Pf. 75 Pf. gebe ich für die Zeitung. Wo nimmt man das Fehlende her? Ich habe in meinem Leben noch nicht hungern müssen, aber jetzt weiß ich und die Kinder, was hungern heißt. Wenn sie abends im Bett liegen und vor Hunger weinen, muß ich groß werden, damit sie aufhören, zu bitten. Und da wagt man zu sagen, daß wir nicht Not leiden. Ich habe es immer bedauert, daß ich kein Mann bin. Als Frau ist man zu sehr gebunden. Als Mann wollte ich mit aller Kraft für bessere Zustände kämpfen."

Dies der Verzweiflungsschrei einer Kriegerfrau. Sie erhält monatlich 53 Mk. Unterstützung, verbraucht aber nach ihrer Rechnung wenigstens 83 Mk. Und sie hat schlecht gerechnet. Viele der angegebenen Lebensmittelpreise sind weit höher, und keine der zusammengestellten Mahlzeiten kann diese fünf Menschen nur einigermaßen satt machen. Bei der Berechnung fehlt auch die Miete und außer für Schuhe jegliche Ausgabe für Kleidung. Die Leute haben ein Haus, aus dessen Einnahme gerade die reichlichen und hohen Hypothekenzinsen gedeckt werden. Mühten sie zur Miete wohnen, wäre das Defizit noch größer. In vielen Orten der Oberlausitz sieht es noch schlimmer aus. Im Kamener Bezirk wird in vielen Fällen jeglicher Zuschuß zur Reichsunterstützung, teilweise selbst diese verweigert. Die Erkundigungen nach der Bedürftigkeit werden in manchen Orten durch den Gendarmen vorgenommen. Müttern von mehreren Kindern wurde der Rat erteilt, in ein Chamottewerk arbeiten zu gehen. Die angestrengtesten Bemühungen unserer Genossen um Besserung dieser furchtbaren Zustände waren fast immer erfolglos. Selbst die im sächsischen Landtag an der Hand reichen Materials geübte Kritik ist mit ein paar leeren Beschwönigungsreden abgetan worden. Versammlungen, die sich mit den Dingen beschäftigen sollten, wurden verboten, weil die Redner sich weigerten, die Manuskripte der Reden vorher einzureichen. Jetzt beginnt sogar die bürgerliche Presse einzeln und schüchtern dagegen Front zu machen.

Die Gründe für diese verhängnisvolle Engherzigkeit sind verschieden. Meist wird die leidige Geldfrage in den Vordergrund geschoben. In den Stadt- und Dorfparkamenten und in den Unterstützungsausschüssen ist der Einfluß unserer Genossen sehr gering, oft genug ausgeschaltet. Männer des fatten Bürger- und Bauerntums entscheiden allein über das Wohl und Wehe der Kriegerfamilien, Männer, die zum Teil während des Krieges nicht nur keine Not leiden, sondern im Gegenteil noch die besten Geschäfte machen. Frauen in so wichtigen Fragen mitreden zu lassen, das erscheint ihnen als etwas Ungeheuerliches. Man bedient sich kaum einmal der Mitwirkung der sonst so rührigen Wohltätigkeitsdamen. Die berufensten Helferinnen, die Arbeiterfrauen, hinzuzuziehen, dünkt ihnen ein Verbrechen an ihren geheiligten Spieghelbüttern. Darum leiden die Mütter der Kriegerkinder Seelenqualen und die Kinder Hunger. Die Volksgesundheit muß unermesslichen Schaden leiden.

Was Wunder, wenn da immer tiefere Erbitterung eintritt. Alle Möglichkeiten zur Besserung sind versperrt. Nur der jetzt recht enge Weg der öffentlichen Kritik ist noch offen. Nur so kann das öffentliche Gewissen geweckt werden. Und es wird noch eines geweckt: die Erkenntnis unter den Frauen für das, was not tut! „Wenn ich ein Mann wäre, ich wollte für bessere Zustände kämpfen," ruft die verzweifelte Kriegerfrau. Sie kann es auch als Frau tun, sie muß es tun und alle, die mit ihr leiden. Sie muß sich dem noch viel zu kleinen Heer der sozialistischen Kämpferinnen anschließen, muß nach Kräften tätig sein an der Ausbreitung unserer Ideen und der Stärkung unserer Reihen. Die letzte Zeit hat in mehr als einer Beziehung gelehrt, daß die proletarische Frau sich noch zu wenig Einfluß verschafft hat, im öffentlichen Leben als auch im Leben der Partei. Wie verhängnisvoll das auch in der Praxis des täglichen Lebens ist, beweist zur Genüge das Wesen der Kriegsfürsorge. Trotz vieler Gebundenheit kann auch die Frau mitwirken für die Ausbreitung des wahren und klaren Sozialismus.

G. F.

Der Deutsche Textilarbeiterverband im ersten Kriegsjahr.

Während des Kriegsjahres hat seitens der Gewerkschaften am 31. Juli die vierte Erhebung über den Stand der Organisationen stattgefunden. Beim Textilarbeiterverband hat sich folgendes ergeben.

Am 1. Juli 1914 zählte der Verband 133 024 Mitglieder, davon waren 52 122 weibliche, am 31. Juli 1915 wurden 77 857 Mitglieder gezählt, wovon 40 207 weibliche waren. Von den vor Kriegsbeginn vorhandenen männlichen Mitgliedern sind zurzeit nach den Angaben der Ortsverwaltungen 31 074 zum Heere eingezogen. Gegenwärtig zählt der Verband 37 650 männliche Mitglieder, so daß das Kriegsjahr hier einen Verlust von 12 178 gleich 24,4 Prozent gebracht hat. Bei den weiblichen Mitgliedern beträgt der Rückgang 11 915 gleich 22,9 Prozent. Insgesamt hat das erste Kriegsjahr dem Verband einen Verlust von 24 093 exklusive der zum Heere Eingezogenen gebracht, was einem Prozentsatz von 23,6 entspricht.

Dieser starke Verlust dürfte hauptsächlich auf die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie und auf die völlig unzureichenden Löhne der Textilarbeiter — gemessen an den jetzigen ganz enorm hohen Kosten der Lebenshaltung — zurückzuführen sein.

Die Arbeitslosigkeit innerhalb der Textilindustrie während des Kriegsjahres illustriert am besten die nachstehende Tabelle. Es waren arbeitslos vom Hundert:

		Männl.	Weibl.	Zusammen
August	1913	2,0	1,9	2,0
	1914	29,7	26,2	28,2
September	1913	2,2	1,8	2,0
	1914	17,6	16,5	17,1
Oktober	1913	1,9	1,5	1,8
	1914	9,2	8,9	9,1
November	1913	1,9	1,5	1,8
	1914	4,8	5,0	4,9
Dezember	1913	3,0	1,8	2,5
	1914	6,1	7,9	7,0
Januar	1914	2,6	1,4	2,1
	1915	4,3	6,5	5,3
Februar	1914	2,0	1,2	1,7
	1915	3,9	6,5	5,3
März	1914	1,7	1,2	1,5
	1915	2,7	5,6	4,1
April	1914	1,2	1,0	1,1
	1915	2,6	7,0	4,8
Mai	1914	1,1	0,7	1,0
	1915	2,5	8,4	5,5
Juni	1914	1,2	0,7	1,0
	1915	2,2	7,7	5,0
Juli	1914	1,2	0,7	1,0
	1915	8,0	9,5	6,4
Durchschnitt	1913/14	1,8	1,8	1,8
	1914/15	7,7	9,2	8,4

Während in den 12 Monaten des Jahres 1913/14 durchschnittlich 1,8 vom Hundert der männlichen Mitglieder arbeitslos waren, stieg die Ziffer im Kriegsjahr auf 7,7, also mehr als das Vierfache. Bei den weiblichen Mitgliedern sind die entsprechenden Ziffern 1,8 und 9,2 vom Hundert, das macht das Siebenfache; beide Geschlechter zusammen brachten vor dem Kriege einen Jahresdurchschnitt von 1,6 Arbeitslose vom Hundert Mitglieder, während des Krieges stieg die Zahl aber auf 8,4, das Fünffache des normalen Zustandes. Ganz besonders fallen die beiden ersten Monate stark ins Auge. Der August erreicht das Achtehnfache der in den 12 Monaten vorher festgestellten Arbeitslosigkeit. Die sehr hohen Ziffern von August und September sind ausschließlich auf die Kopflosigkeit der Unternehmer zurückzuführen. Sie sahen durch den Ausbruch des Krieges ihre wirtschaftliche Position gefährdet — sie wollten erst sehen, wenn sich das Kriegsglück zuneigte — und schlossen in Hunderten von Fällen ihre Betriebe, ohne den entlassenen Arbeitern die geringste Entschä-

digung zu zahlen. Bekanntlich mußten ja die Gerichte erst später in vielen Fällen feststellen, daß der Krieg an der Rechtsgültigkeit des Arbeitsvertrags nichts geändert habe. Erst mit dem Monat Oktober läßt die gewaltige Arbeitslosigkeit etwas nach. Die Militärverwaltung entwickelte einen ungeahnten Bedarf an allen möglichen Textilfabrikaten und verteilte dementsprechend auch ganz riesige Aufträge.

Die Tabelle erschöpft aber die Arbeitslosigkeit der organisierten Textilarbeiter durchaus nicht. Der Kampf um das tägliche Brot zwang die arbeitslosen Textilarbeiter vom ersten Tage an, in der sogenannten Rüstungsindustrie Unterschlupf zu suchen. Soweit diese Mitglieder nicht zum Heere eingezogen worden sind, sind sie zurzeit auch noch dort beschäftigt. Die Zahl ist bis jetzt leider nicht festzustellen gewesen, doch sind die Abgänge aus dem Rheinland, aus dem Erzgebirge, dem Vogtland und Thüringen ganz erhebliche gewesen. Diese Leute sind zum allergrößten Teil Verbandsmitglieder geblieben, sie müssen bei den vierteljährlichen Zählungen mitgezählt werden, entlasten aber dadurch, daß sie in anderen Industrien arbeiten, den Arbeitsmarkt der Textilindustrie und helfen so mit, die Arbeitslosenziffer der Organisation herunterzudrücken.

Bei der letzten Erhebung wurde ferner festgestellt, daß neben 4842 völlig arbeitslosen Mitgliedern noch 19 162 gleich 24,6 Prozent der Mitglieder mit verkürzter Arbeitszeit und verkürztem Lohne beschäftigt waren. Bei der Erhebung am 30. April betrug die Zahl der verkürzt Arbeitenden 24 588. Die Zahl ist zwar zurückgegangen, aber nur momentan. Der Rückgang findet seine Erklärung in der Ende Juli veröffentlichten Bekanntmachung, die Beschlagnahme der Baumwolle betreffend. Ab 2. August unterliegen alle Bestände an Baumwolle der Meldepflicht. Hand in Hand geht damit ein Verbot der Anfertigung einer ganzen Reihe von Textilfabrikaten für die Zukunft, was dazu geführt hat, daß viele Betriebe, die vormals zurückgegangen, aber nur Übergangszeit benutzten, um voll zu arbeiten, um so für den freien Verkehr noch anzufertigen, was innerhalb dieser Zeit nur möglich ist.

Innerhalb der 12 Kriegsmonate hat der Verband für Arbeitslosenunterstützung die Summe von 822 995 Mk. gezahlt, für Unterstützungen aller Art in derselben Zeit 1 059 971 Mk. Diese Ziffern sind noch keine endgültigen, da bei den Erhebungen immer eine Anzahl Mitgliedschaften nicht berichten, die Erhebungstermine bis jetzt auch nicht mit den Quartalsabschlüssen gleich laufen und so die Feststellungen erschweren.

Die Summe der Arbeitslosenunterstützung läßt sich mit der in früheren Jahren gezahlten nicht ohne weiteres vergleichen, weil bei Ausbruch des Krieges die Sätze der Arbeitslosenunterstützung auf zwei Drittel und später auf die Hälfte herabgesetzt wurden.

Interessante Vergleiche ermöglicht aber die nachstehende Aufstellung nach den Angaben der Ortsverwaltungen bei den monatlichen Arbeitslosenzählungen.

Den 12 Kriegsmonaten sind die 12 Monate von vorher gegenübergestellt.

	August 1913 bis Juli 1914 Mk.	August 1914 bis Juli 1915 Mk.
Gesamtzahl der Arbeitslosetage	478 690	1 783 258
Unterstützte Mitglieder	23 235	61 645
Unterstützungstage	356 721	1 248 029
Unterstützungssumme	370 248	822 905

Hier zeigt sich ein riesenhaftes Anschwellen in allen Positionen. Hätte der Verband die statutarischen Sätze für Arbeitslosenunterstützung beibehalten, so hätte in den 12 Kriegsmonaten mindestens noch eine halbe Million an Arbeitslosenunterstützung mehr gezahlt werden müssen. So gern die Verbandsleitung das auch schließlich getan hätte, konnte sie doch die alten Sätze nicht aufrechterhalten, weil durch die Einberufungen zum Heere und sonstige ungünstige Einwirkungen des Krieges von vornherein mit einem starken Mitgliederrückgang und dadurch auch mit stark verminderten Einnahmen gerechnet werden mußte.

Jetzt werden der Organisation neue Opfer auferlegt, hervorgerufen durch die Maßnahmen der Regierung. Vorab ist es den Betrieben noch gestattet, alle Garne, die sie vor dem 1. August in Händen hatten, aufzuarbeiten, ebenso können noch alle mittelbaren und unmittelbaren Heeresaufträge erledigt werden. Das wird aber nur kurze Zeit währen, dann tritt neben der Verteilung der Aufträge durch den „Kriegsausfluß der deutschen Baumwollindustrie“ überhaupt ein Herstellungsverbot gewisser Artikel in Kraft. Ganz besonders werden davon betroffen die Stiderei- und Spitzenindustrie, die Tüll- und Gardinenwebereien, die Wirkerei und Posamentenfabrikation, die Wigognespinneret und Baumwollbuntweberei.

Wie die Wirkung des Herstellungsverbots sich auf den Arbeitsmarkt äußert, muß abgewartet werden, doch steht zweifellos fest, daß große Teile der Textilarbeiterschaft davon betroffen werden, wird doch allein für das Königreich Sachsen von unterrichteter Seite angenommen, daß mindestens 25 Prozent der dort ansässigen Textilindustrie betroffen werden.

Dem Textilarbeiterverband kann aber nicht zugemutet werden, Opfer, die im Allgemeininteresse gebracht werden müssen, allein zu tragen. Ist die Regierung zu ihren Maßnahmen gezwungen — sie mögen nach Lage der Verhältnisse berechtigt sein —, so ist sie aber auch verpflichtet, daraus die Konsequenzen zu ziehen und ausreichende Mittel bereit zu stellen, um die arbeitslos werdenden Textilarbeiter ausgiebig zu unterstützen, soweit sich nicht andere lohnende Arbeit beschaffen läßt. Die durch das Herstellungsverbot hervorgerufene Arbeitslosigkeit ist eine Kriegsfolge, für die aufzukommen moralische Pflicht des Reiches ist. sk.

Aus der Bewegung.

Kriegerfrauenversammlung. In Halle a. S. fand am 26. August eine vom Gewerkschaftskartell und Sozialdemokratischen Verein einberufene, von mehreren hundert Kriegerfrauen besuchte Versammlung statt. Der Arbeitersekretär Kieck sprach über die Fürsorge für die Familien und Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer. Der Redner schilderte alle einschlägigen Einrichtungen und verwies dabei besonders auf ihre Kompliziertheit. Die dem Vortrag folgende Aussprache war außerordentlich lebhaft. Einer ganzen Anzahl von Frauen, die noch nie öffentlich geredet haben, war „das Herz voll und ging der Mund über“. Sie erzählten von ihrer Not oder der Behandlung, die sie vom Armenpfleger erfahren hatten. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Die Familienangehörigen und Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer haben einen Anspruch darauf, daß ihnen die Allgemeinheit, also Staat und Gemeinde, eine ausreichende Fürsorge gewährt. Trotzdem dieses durch ministerielle Erlasse usw. auch gesichert worden ist, sind doch die gegenwärtigen Einrichtungen noch sehr unzulänglich. Namentlich infolge der eingetretenen erheblichen Verteuerung aller Nahrungsmittel und Haushaltsgegenstände reicht die gewährte Unterstützung, besonders die der Familienfürsorge, auch nicht zum nothdürftigsten Lebensunterhalt. Selbst bei den Normalsätzen der Kriegsunterstützungskommission in Halle entfallen bei einer Familie von vier Kindern nach Abzug der Miete nur etwa 38 Pf. auf den Tag und die Person. In manchen Orten der Umgebung werden auch heute zuweilen nur noch die lärglichen Mindestsätze gewährt. Die Kriegerfrauen weisen daher auch die verallgemeinerte Behauptung, als vergäbe es sich Gelder zu Mäschereien und ähnlichen Zwecken, entschieden zurück. Die Versammlung erwartet vielmehr, daß die Unterstützungssätze eine nennenswerte allgemeine Erhöhung erfahren. Die Gemeinden können auch ihrerseits mit für eine Erhöhung der Staatszuschüsse wirken.“

Ginsichtlich der Hinterbliebenenversorgung schließt sich die Versammlung den Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an. Die neuerdings durch eine anderweitige Auslegung der Gesetze eingeführte Kürzung der gesetzlich festgelegten staatlichen Witwen- und Waisengelder hält die Versammlung als nicht der Absicht und dem Sinne der Gesetzgeber entsprechend.

Es dürfte sich empfehlen, soweit es möglich ist, überall solche Versammlungen zu veranstalten. Die Frauen sind über ihre Rechte oft noch sehr wenig aufgeklärt und erleiden deshalb sehr häufig

Nachteile. Zudem ist es auch nötig, daß die Frauen ihre Wünsche und Forderungen selbst zum Ausdruck bringen, damit sie zeigen, daß der Krieg nicht spurlos an ihrer politischen Einsicht vorübergeht.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Kurz vor Ausbruch des Krieges haben die Zentralverbände auf dem Münchener Gewerkschaftskongress gegen reaktionäre Bestrebungen Front machen müssen, die damals besonders stark emporkrochen und die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften hinderten. Zu der Zeit waren die Polizeibehörden unter dem Schutze der Reichsbeförden gerade daran, unsere Zentralverbände für politische Vereine zu erklären, ihnen die Aufnahme der Jugendlichen unmöglich zu machen, sie zur Anmeldung von Versammlungen und Einreichung von Vorstandsmitgliederlisten zu verpflichten. Dazu kamen eine ganze Reihe anderer gegen die Gewerkschaften gerichteter behördlicher Bedrückungen, die unseren Zentralverbänden die Aktionsfähigkeit erheblich erschwerten. Nach Ausbruch des Krieges, nach Proklamierung des Burgfriedens wurden diese behördlichen Drangsalierungen eingestellt, und man konnte wohl glauben, daß nach so viel Anerkennung, die die Haltung der Arbeiter im Kriege gefunden hat, ihre politische Bevormundung vollständig verschwinden würde. Sobald aber während der Kriegszeit die Einführung irgendwelcher auch nur geringfügiger gesetzlicher Freiheiten verlangt wurde, kamen von der Gegenseite so viel Einwendungen, daß die Erfüllung der Forderungen sehr weit hinausgeschoben wurde. Eine der unangenehmsten Fesseln für die Gewerkschaften sollte jetzt beseitigt werden. Im Reichstag war beantragt, daß das Vereinsgesetz eine Änderung erfahren sollte, und zwar derart, daß die Gewerkschaften nicht als politische Vereine betrachtet werden dürfen, und daß der Sprachen- und der Jugendlichenparagraf aufgehoben werden sollte. Der Reichstag selbst sprach sich auch mit Ausnahme der Konservativen für eine Änderung des Vereinsgesetzes in der gewünschten Art aus, nur für die Änderung des Sprachenparagrafen fand sich keine Mehrheit. Man hatte deshalb annehmen können, daß nach solch einstimmiger Willensäußerung des Reichstags sich die Reichsregierung ohne weiteres dazu verstehen werde, dem Wunsche des Reichstags nachzukommen. Statt dessen aber will sie, wie auch schon früher, erst erwägen und prüfen, als ob die Tatsache nicht offenkundig wäre, daß durch die frühere Handhabung des Vereinsgesetzes offenbare Ungerechtigkeiten geschehen sind. Auch ihr Hinweis darauf, daß die Änderung gegenwärtig nicht angebracht ist, da ein Aufklappen innerpolitischer Kämpfe zu befürchten sei, und da unter dem Belagerungszustand ein Vereins- und Versammlungsgesetz nicht bestehe und die Bedrückung der Gewerkschaften daher zurzeit nicht stattfinden könne, kann die zögernde Haltung der Regierung nicht rechtfertigen. Daß die Regierung aus ihren Erwägungen heraus bald zur praktischen Erfüllung des Wunsches des Reichstags kommen werde, ist sehr bringend zu wünschen.

Die Gewerkschaften haben, wie wir an dieser Stelle schon wiederholt bemerkten, ein sehr wachsameres Auge darauf richten müssen, daß Kriegsinvaliden nicht etwa in der Industrie als Lohnbrüder gebraucht werden. Durch Verträge mit den Unternehmern sind gewisse Garantien geschaffen worden, daß der Kriegsinvalidenrentner nicht zum Lohnbrüder werden soll. Bedauerlich ist daher, wenn von amtlicher Stelle aus gegen diese selbstverständlichen Forderungen verstoßen wird. Es wurde bekannt, daß in den amtlichen Mitteilungen für versorgungsberechtigte Militärpersonen (hetausgegeben vom Kriegsministerium) ein Inserat stand, wonach ein Kriegsschädigter als Techniker gesucht wurde. Die Ausbildung sollte ein Vierteljahr betragen, nach dieser Zeit monatlich 80 M. Gehalt, steigend in etwa anderthalb Jahren auf 90 M., gezahlt werden, und wenn sich der Stelleninhaber bewähre, würde er nach zwei Jahren 100 bis 120 M. bekommen. Während der Ausbildungszeit sollte keine Vergütung gezahlt werden. Gegen das Erscheinen solcher Anzeigen in einem amtlichen Organ hat sich mit Recht die Tagespresse gewendet. Von der Technikerorganisation aus ist das Kriegsministerium gebeten worden, in Zukunft dafür zu sorgen, daß derartige Anzeigen in amtlichen Anstellungsnachrichten nicht mehr erscheinen.

Ein ähnliches, ebenso untröstliches Verhalten zeigte die Großherzogliche Eisenbahndirektion Oldenburg, die für 28 in ihrem Verwaltungsbereich liegende Orte Arbeiter zum Tagelohn von 2,90 bis 3,20 M., steigend bis zu 108 M. monatlich, suchte und daran die Bedingung knüpfte, daß die Bewerber gesund und nicht unter 16, aber auch nicht über 40 Jahre alt sein dürften. Abgesehen davon, daß die gebotenen Löhne zu den jetzigen Feuerungsverhältnissen in schreiendstem Gegensatz stehen und einem verheirateten

Arbeiter von einem staatlichen Betrieb unmöglich 2,90 M. Tagelohn angeboten werden dürften, macht sich die Festsetzung der Altersgrenze von 40 Jahren jetzt besonders unangenehm bemerkbar. Wenn der 40 bis 45 Jahre alte Landsturmmann zur Verteidigung des Vaterlandes noch für gut erachtet wird, so sollte er auch als Streckenwärter oder Wagenschmierer in großherzoglichen Eisenbahnbetrieben noch Verwendung finden können.

Eine allgemeine Ablehnung von Teuerungszulagen für das Schneidergewerbe ist kürzlich durch den Unternehmerverband erfolgt. Die drei Gehilfenverbände hatten Antrag auf Gewährung von Teuerungszulagen gestellt, der Unternehmerverband lehnte diesen Antrag ab, befandete aber seine Geneigtheit, falls bis 1. März 1916, dem ursprünglich gedachten Tage, an dem der Reichstarifvertrag zustande kommen sollte, eine Besserung der geschäftlichen Verhältnisse in der Maßschneiderei eingetreten ist und die Teuerung anhält, mit den Gehilfenverbänden in eine Beratung darüber einzutreten, ob eine nach örtlichen Verhältnissen zu bemessende Teuerungszulage vom 1. März 1916 an gewährt werden kann.

Im Schneidergewerbe fanden zur Fortsetzung der Wiederherstellung eines Reichstarfs Verhandlungen zwischen Vertretern der Unternehmer- und der Arbeiterverbände statt. Der Reichstarif sollte am 1. März 1916 geschaffen werden. Es konnte festgestellt werden, daß über den Hauptvertrag Übereinstimmung erzielt ist bis auf den von der Regresspflicht handelnden Paragraphen. Die Arbeiter lehnen es grundsätzlich ab, auf Forderungen der Unternehmer, die sich darauf beziehen, einzugehen. Aber die Mindestlohnsätze für Extraarbeiten wurde eine Einigung noch nicht erzielt. Unternehmer und Arbeiter werden am 1. Oktober ihre Angebote und Forderungen austauschen, in einer gemeinsamen Zusammenkunft sollen diese dann beraten werden. Über die Regelung des Arbeitsnachweises kam es ebenfalls noch nicht zu einer definitiven Entscheidung. Die Verhandlungen kamen auch diesmal wieder wegen der Agitationsklausel nicht zum Abschluß. Die Unternehmer verlangen, daß in den Räumen der Arbeitsnachweise keine Verbandsgeschäfte erledigt und keine Agitation betrieben werden dürfen. Die Arbeitervertreter halten das für selbstverständlich, sie wollen aber nicht, daß eine bestimmte Verpflichtung darüber festgelegt wird. Es soll versucht werden, auch diese Frage in der nächsten Sitzung zur Entscheidung zu bringen.

Genossenschaftliche Rundschau.

Zwei mittelständlerische Organisationen, der Verband für Rabattsparevereine und der Deutsche Zentralverband für Handel und Gewerbe, können auch während der Kriegszeit ihre Feindschaft gegen die Konsumvereine nicht verleugnen. Sie haben auf Kriegstagungen diesen ihren Charakter wieder besonders scharf betont. Durch Annahme von Resolutionen und Eingaben an die Regierungen und Behörden suchen sie den Kampf gegen die bitter gehähten Konsumvereine neu zu beleben. Sie befürchten, daß die während der Kriegszeit bewiesene Mäßigkeit der Konsumgenossenschaften zu einer anderen, sachlicheren Wertung der letzteren durch dieselben Instanzen und Organe führen könnte, die man im Kampfe gegen sie braucht. Beide Verbände behaupten nach wie vor — hier gibt es kein „Umlernen“ —, daß eine Stärkung des Konsumvereinswesens in wirtschaftlicher und nationaler Hinsicht höchst ungerecht sei. Soweit es sich um die wirtschaftliche Seite handelt, verwechseln die Herren die Interessen des privaten Kleinhandels mit denen der Allgemeinheit der Warenverbraucher. Das muß immer wieder diesem sinnlosen Gerede gegenüber betont werden. Und in nationaler Beziehung zeigt gerade der während der Kriegszeit herrschende Lebensmittelwucher, daß in Produzenten- und Händlerkreisen der Patriotismus in erster Linie an das Geschäft denkt. Umgekehrt haben die Konsumvereine alles mögliche versucht und getan, um der unerhörten Lebensmittelteuerung entgegenzuwirken. Wer von beiden „nationaler“ ist, braucht nicht erst noch betont zu werden, wenn man unter „national“ das Wohl des ganzen Volkes versteht. Selbst Regierungen und andere hohe Behörden haben das Treiben der Lebensmittelwucherer mit den schärfsten Worten gekennzeichnet. Es wäre viel besser, wenn die beiden Mittelstandsverbände gemeinsam mit den Konsumvereinen gegen den Lebensmittelwucher kämpften, statt sie als lästige Konkurrenten in der althergebrachten Weise zu bekämpfen.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung hat sich in den letzten Jahren riesig schnell vorwärts entwickelt. Mit der Mitgliederzahl, die von 84 000 auf 98 000 im letzten Geschäftsjahr stieg, steigt sie im Zentralverband deutscher Konsumvereine an erster Stelle und an zweiter von allen deutschen Konsumvereinen über.

haupt. Nur der — bürgerliche — Breslauer Verein hat mehr Mitglieder als der Berliner. Anders steht es mit dem Umsatz, der knapp 18 Millionen Mark betrug. In dieser Hinsicht sind die Konsumvereine Leipzig-Plagwitz, Vorwärts-Dresden und Produktion-Hamburg weit voraus. Eine Anzahl anderer Vereine sind gleich mit Berlin oder nahe daran. Es ist eine alte Erfahrung in der Entwicklung der Konsumgenossenschaften, daß mit der schnelleren Zunahme von Mitgliedern die Steigerung des Umsatzes nicht gleichen Schritt hält. Die ungeheuer weitläufigen lokalen Verhältnisse Berlins beeinflussen diesen Vorgang außerdem wahrscheinlich noch besonders. Im Kriegsjahr — Juli 1914 bis Juni 1915 — kommen ohnedies auch noch die allgemein bekannten Einwirkungen in Betracht, die auf den Umsatz brütend wirken. Dieser große Verein hat natürlich auch umfangreiche Eigenproduktion. So betrug zum Beispiel der Wert der in eigener Bäckerei hergestellten Backwaren über 5 1/2 Millionen Mark. Es dürfte in Deutschland keinen derartigen Betrieb von gleicher Größe geben.

Der vor einiger Zeit abgehaltene englische Genossenschaftstag hat sich auch mit dem Kriege befaßt und dazu Stellung genommen. In einer Resolution wird die deutsche Kriegsführung und die Verletzung der Neutralität Belgiens scharf verurteilt. Ferner heißt es: „Der Kongreß spricht seinen Abscheu aus gegen das kriegsgerichtliche Gemetzel, das jetzt in ganz Europa vor sich geht. ... Er gibt ferner der Hoffnung Ausdruck, daß so schnell wie möglich Fürsorge getroffen wird für die Einsetzung eines internationalen Gerichtshofs zur Durchsetzung eines allgemeinen Völkerrechts und Aufrechterhaltung des Rechts der kleinen Nationen.“ — Fast auf allen bisherigen englischen Genossenschaftstagen der letzten Jahre wurde eine von hoher Begeisterung für den Frieden und die Internationale getragene Kundgebung beschlossen. Welche Enttäuschung auch für die internationale Genossenschaftsbewegung! Und doch lebte — erfreulicherweise! — auch auf diesem Kongreß der internationale Gedanke schon wieder auf. Das Unterhausmitglied Williams führte unter Hinweis auf die Vergangenheit und Zukunft unter anderem aus: „Soll das Werk der internationalen Genossenschaftsbewegung fortschreiten, ist die erste und wesentlichste Bedingung der Frieden. ... Aber wir müssen uns erinnern, daß die Genossenschaftsbewegung stets für den Frieden eingetreten ist, ohne den sie wenig Gutes daheim schaffen, aber überhaupt nicht zwischen den Nationen bestehen kann. ... Viele von uns werden nie vergessen, mit welcher stürmischen Begeisterung auf dem letzten internationalen Genossenschaftskongreß in Glasgow vor noch nicht zwei Jahren wir unsere Resolution zugunsten des Friedens annahmen und laut und anhaltend der Erklärung eines unserer größten Führer zujubelten, als er ausrief: „Wir wollen nie mit Deutschland kämpfen!“ Das war kein Wahnsinn, mag auch ein unglückseliges Geschick unsere Hoffnungen zum Scheitern gebracht haben. Es war die wahre Quintessenz und das Lebensblut internationalen Genossenschaftswesens. Sobald dieser Krieg erfolgreich vorüber sein wird, müssen wir dorthin zurückkehren. ... So wie die Politik der Allianz in der Vergangenheit war, muß sie in der Zukunft sein, wenn das Werk der Zerstörung beendet ist. Sie muß fortfahren, das Wissen von jedem Land in jedem anderen zu verbreiten, Reisen von Genossenschaftlern nach anderen Ländern zu organisieren und internationale Kongresse, wo die Genossenschaftler aller Länder wieder zusammenkommen, um die persönliche Freundschaft zu befestigen, die die Freundschaft der Nationen befördert wird, und friedlich die großen Probleme des weiteren Aufbaus zu diskutieren. Und dieses ganze Wirken muß mit mehr Eifer und Mut und mit höheren Forderungen und weiteren Gesichtspunkten als vor dem Krieg getan werden.“

Es ist bemerkenswert, daß diese Ausführungen keinerlei Widerspruch fanden, vielmehr starken Beifall auslösten, und ganz falsch, wenn in einer deutschen Zeitschrift bemerkt wurde, dieser Kongreß sei wenig hoffnungserweckend für das Wiedererstehen der Internationale.

Die Konsumvereine Belgiens haben unter den Wirkungen des verheerenden Krieges schwer gelitten. Einem unvollständigen, aber die allgemeine Lage kennzeichnenden Bericht einzelner Bezirke ist zu entnehmen: Die vom 1. August bis zum 31. Dezember 1914 erzielten Umsätze zeigten einen erheblichen Rückgang, insgesamt betrugen sie nicht mehr als ein Drittel des in den entsprechenden Monaten des Vorjahres erzielten Umsatzes. Die Brotproduktion, die den Hauptzweig der genossenschaftlichen Tätigkeit in Belgien bildet, hat außerordentlich gelitten. Während in den letzten fünf Monaten 1914 der Gesamtumsatz der Genossenschaften annähernd 18,4 Millionen Mark erreichte, wird er wahrscheinlich in den gleichen Monaten 1915 8 Millionen Mark nicht überschreiten, was eine Abnahme von 60 Prozent bedeutet. Diese Abnahme ist ganz bedeutend, zumal man bedenken muß, daß seit Ende Juli die

Warenpreise eine unerhörte Höhe erreicht haben. Während die Umsätze eine ungewöhnliche Abnahme aufweisen, ist es nicht möglich gewesen, die allgemeinen Ausgaben, vor allem Gehälter und Löhne, im gleichen Umfange zu vermindern. Die Ausgaben, soweit sie mit dem Einkauf und dem Transport der Waren zusammenhängen, sind um 100 Prozent gestiegen. Dieses Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen hat die Folge gehabt, daß die finanzielle Lage der Konsumvereine eine äußerst schwierige geworden ist. Trotz dieser Schwierigkeiten haben die Genossenschaften getan, was in ihren Kräften steht, um ihre Verpflichtungen gegen die Mitglieder zu erfüllen, vor allem soweit die Zahlung der Rückvergütung in Frage kommt. Im August, September und Oktober verteilten sie die Überschüsse an die Mitglieder. Verschiedene Genossenschaften, die im Januar Vergütung zahlen sollten, waren nur in der Lage, einen kleinen Betrag zu zahlen, während andere genötigt waren, die Zahlung auf einen späteren Termin zu verschieben oder sie überhaupt einzustellen. Solange es möglich war, hielten die Vereine die Preise hoch, welche vor dem Krieg üblich waren. Die öffentliche Meinung in Belgien ist einmütig in der Erkenntnis, daß die Konsumvereine der spekulativen Verteuerung der Lebensmittel mit Erfolg entgegengewirkt haben. H. F.

Notizenteil.

Für den Frieden.

Die Internationale lebt! Die internationale Arbeiter-solidarität war nie nur ein Traum weltfremder Schwärmer oder das künstliche Nachwerk eigenstümiger Weltverbesserer. Wir Sozialdemokraten haben

es immer gewußt, daß sie tief verankert ist in den Lebens- und Kampfbedingungen des modernen Proletariats. Verschlagt die alte Internationale, so wächst uns morgen wieder eine neue! Es kann nicht anders sein, solange es um ihr Endziel ringende Sozialisten, solange es überhaupt klassenbewußte Proletarier gibt. Der Weltkrieg hat die alte Internationale zerschlagen, weil ihre Organisation sich unfähig erwies, seinem Sturm zu trotzen, weil die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder sich den neuen Aufgaben, die der eisenklirrende, hochorganisierte Imperialismus ihnen stellte, nicht gewachsen zeigten. Aber die Arme des Sozialismus war nur zersprengt, nicht vernichtet. Fast sofort begann der Erneuerungsprozeß, die Sammlung und Klärung der zersprengten Elemente. Die internationale Frauenkonferenz in Bern im März brachte den Stein ins Rollen. Seither sind die internationalen Bande nicht nur unter den sozialistischen Frauen, sondern unter allen prinzipientreuen Sozialisten der neutralen und der kriegsführenden Länder immer fester geknüpft worden. Daß die Internationale lebt und wirksam lebt, hat Anfang September eine Konferenz bewiesen, die bei Bern in der Schweiz stattfand, und bei der nicht weniger als zwölf kriegsführende und neutrale Staaten vertreten waren. Sozialisten aus Deutschland und Frankreich, aus Italien, Rußland, den Balkanstaaten, Schweden usw. reichten sich hier die Bruderhand zum Kampf um den Frieden und den internationalen Sozialismus. Genossen aus England konnten sich leider keine Pässe verschaffen. Die Besprechungen haben durchaus klärend und fördernd gewirkt. Ein gemeinsames Manifest gegen den Krieg und für energische Friedensarbeit soll in deutscher und französischer Sprache veröffentlicht werden. Diese Kundgebung wurde einstimmig beschlossen. Ferner kam noch eine einstimmige Erklärung der Franzosen und Deutschen zustande, die von je zwei Vertretern der beiden Nationen unterzeichnet ist.

Friedenskundgebungen in der Schweiz. Partei und Gewerkschaften der Schweiz haben beschlossen, am 8. Oktober 1915 in der ganzen Schweiz öffentliche Versammlungen für den Frieden zu veranstalten. Die sozialdemokratischen Jugendvereine und die Jugendorganisationen sollen eingeladen werden, sich an diesen Kundgebungen zu beteiligen.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Frauenstimmrecht.

Die ersten norwegischen Storthingswahlen mit allgemeinem Frauenwahlrecht stehen in diesem Jahre bevor. Bei den bisherigen Wahlen durften nur Frauen ihre Stimme abgeben, die eine bestimmte Steuer entrichteten. In der letzten Storthingsession ist diese Schranke gefallen. Wie jeder Norweger, der das 25. Lebensjahr vollendet hat, so ist nun auch jede Norwegerin von der gleichen Altersgrenze an berechtigt, zur Urne zu gehen, ohne Rücksicht darauf, ob sie ein eigenes Einkommen hat oder nicht, Steuer entrichtet oder steuerfrei ist. Auch als Mitglieder des Parlaments können die Frauen unter den nämlichen Bedingungen gewählt werden wie die Männer. Nach einer kürzlich veröffentlichten Statistik werden dank der vollen politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts bei den diesjährigen Storthingswahlen 225 000 Frauen zum erstenmal das Wahlrecht ausüben können. Diese Frauen gehören ganz überwiegend den breiten Schichten des werktätigen Volkes, den Nichtbesitzenden und Wenigbemittelten an. Deshalb erwartet man, daß die meisten neuen Wählerinnen ihre Stimmen für die Sozialistische Partei abgeben werden. Ein anderer Umstand dürfte ebenfalls darauf hinwirken. Es herrscht eine unglaubliche Fieberung, die sich namentlich in den Städten und mit Anbruch der kälteren Jahreszeit doppelt fühlbar macht. Da es in Norwegen mehr Frauen als Männer gibt, befinden sich die Wählerinnen in der Mehrzahl, vorausgesetzt, daß sie ihr politisches Recht auch benutzen. Bei der letzten Storthingswahl 1912 gab es in Christiania rund 86 000 Stimmberechtigte, darunter etwa 40 000 Frauen. Bei den heutigen Wahlen aber können 112 000 Wähler zur Urne gehen, von denen 68 000 Frauen sind. Diese Zahlen lassen die Bedeutung des demokratisierten Wahlrechts in die Augen fallen und zeigen, wie wichtig die Stimmen der Frauen sind.

Verschiedenes.

Wir empfehlen in einfacher, guter Ausstattung

Einbanddecken zur Gleichheit

Jahrgang 1914/1915

und zwar Decken für das Hauptblatt und die Beilage für unsere Mütter und Hausfrauen sowie Decken für die Kinderbeilage.

Preis zusammen 1 Mark.

Bei direkter Zusendung 30 Pf. mehr für Porto. Titelblatt und Inhaltsverzeichnis werden den Decken unentgeltlich beigegeben.

Expedition der Gleichheit, Stuttgart, Furtbachstraße 12.

Verantwortlich für die Redaktion: In Vertretung Hanna Buchheim in Stuttgart.
Druck und Verlag von J. G. W. Diez Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.